

Änderungsantrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Enrico Komning und der Fraktion der AfD

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/1700, 19/1701, 19/2405, 19/2424, 19/2425, 19/2426 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018
(Haushaltsgesetz 2018)**

hier: Einzelplan 05

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die durch Annahme der Ausschussdrucksache 1159 vom 26.06.2018 im Haushaltsausschuss mehrheitlich beschlossenen Mehraufwendungen für Titel 0502 (Tgr. 02) 687 27-029, in Höhe von 3000 T€ werden ersatzlos gestrichen.
2. Die Ausgaben für Titel 0502 (Tgr. 02) 687 27-029 „Gesellschafts- und europapolitische Maßnahmen der Politischen Stiftungen“, werden gegenüber dem im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2018 avisierten Stand in Höhe von 55000 T€ um 10000 T€ auf dann 45000 T€ reduziert.

Berlin, den 2. Juli 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Der in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses am 25. und 26.06.2018 angenommene Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD ist hinsichtlich seines Inhalts und des Zeitpunkts seiner Einbringung in den Ausschuss intransparent.

Die zur Erhöhung des Titels 0502 (Tgr. 02) 687 27-0290601 gegebene Bemerkung, dass ein erhöhter Beitrag vor dem Hintergrund der Herausforderungen in der transatlantischen und europäischen Zusammenarbeit ein Ausbau des politischen und zivilgesellschaftlichen Dialogs notwendig sei, ist aus Sicht der Fraktion der AfD im hohen Maße kritikwürdig. Es bestehen hinsichtlich der Zweckdienlichkeit der Mehraufwendungen erhebliche Zweifel; eine tendenziöse Verwendung der Mittel kann angesichts der nur summarischen Bemerkungen nicht ausgeschlossen werden. In Übereinstimmung mit dem am 29.05.2018 vom Arbeitskreis Haushalt der Fraktion der AfD in den Haushaltsausschuss eingebrachten Änderungsantrag ist die Fraktion der Ansicht, dass bei besagtem Titel kurzfristig ein erhebliches Einsparpotenzial besteht und mittelfristig eine vollständige Streichung des Titels anzustreben ist.

Grundsätzlich fordert die Fraktion der AfD, gesetzliche Rahmenbedingungen für die Arbeit und Finanzierung der Politischen Stiftungen zu schaffen. Damit wäre aus Sicht der Fraktion der AfD ein wesentlicher Beitrag zu einer Reorganisation der Arbeit der Politischen Stiftungen sowie zur Haushaltstransparenz geleistet.